

Antrag 188/II/2019

ASF LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Paritäts-Gesetz als Leuchtturmprojekt für Berlin

1 Das Land Berlin muss sich an die Spitze der Bewegung
2 zur Einführung der Parität in Deutschland setzen. Berlin
3 soll Vorreiterin auf dem Weg zur gleichberechtigten Teil-
4 habe von Männern und Frauen sein und ein Paritätsgesetz
5 erlassen, das wirkliche Gleichstellung von Männern und
6 Frauen in den Parlamenten sicherstellt. Daher fordern wir,
7 dass die SPD Berlin die Einführung eines Paritäts-Gesetzes
8 zu einem Leuchtturmprojekt für die Stadt erklären soll!
9 Ziel muss es sein, zumindest im politischen Bereich der
10 Stadt Gleichberechtigung endlich durchzusetzen.

11

12 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im Ab-
13 geordnetenhaus, die sozialdemokratischen Mitglieder der
14 Berliner Landesregierung und die SPD-Berlin auf, sich wei-
15 terhin für die Einführung eines Paritäts-Gesetzes für das
16 Land Berlin einzusetzen, wie auf dem Landesparteitag
17 vom 30. März 2019 beschlossen. Ein solches Gesetz soll
18 für das Abgeordnetenhaus sowie die Bezirksverordneten-
19 versammlungen gelten. Um einen größtmöglichen Effekt
20 zu erzielen, sollen die Wahlkreise wie auch die Kandi-
21 dat*innen-Listen paritätisch besetzt werden. Dabei sollen
22 für die Parteien sowohl Landes- wie Bezirkslisten ermög-
23 licht werden. Das neue Paritätsgesetz soll für die Abgeord-
24 netenhauswahl 2021 gelten.

25

26

27 Begründung

28 Seit den Wahlen im Jahr 2016 ist der Frauenanteil im Ab-
29 geordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversamm-
30 lungen zurückgegangen. Im Abgeordnetenhaus sind nur
31 53 von 160 Abgeordneten Frauen, mit 33,1 Prozent nicht
32 einmal jede Dritte. Die FDP hat einen Frauenanteil von
33 17 Prozent im Abgeordnetenhaus, die AfD nur von 13 Pro-
34 zent. In Friedrichshain-Kreuzberg ist DIE PARTEI lediglich
35 mit Männern vertreten, der Frauenanteil beträgt null Pro-
36 zent. Angesichts dieser Zahlen ist für uns klar: Frauen wer-
37 den in der Politik, in der parlamentarischen Teilhabe struk-
38 turell benachteiligt.

39

40 Im Juni 2017 hatte der Landesparteitag der SPD-Berlin be-
41 reits einen Antrag „Deutschland braucht ein Paritätsge-
42 setz“ (146/I/2018) verabschiedet, mit dem die Einführung
43 der Parität auf Bundesebene gefordert wurde.

44

45 Am 8. März 2017 verabschiedete das Abgeordneten-
46 haus von Berlin einen Antrag „Internationaler Frauentag:
47 Macht, Arbeit, Einkommen – für die gleichberechtigte Par-
48 tizipation von Frauen am politischen und gesellschaftli-

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme 187/II/2019 (Kein Konsens)**

49 chen Leben“ (18/0868), der die klare Willensbildung zum
50 Ausdruck bringt, ein Paritäts-Gesetz auf den Weg zu brin-
51 gen.

52

53 Der Antrag forderte, die paritätische Beteiligung von Frau-
54 en an politischer Willensbildung in Parlamenten, Ämtern
55 und Gremien zu erhöhen. Als Lösung wurde ein Paritäts-
56 Gesetz für das Land Berlin in Aussicht gestellt.

57

58 Es ist Zeit, dass wir hier für ein solches Gesetz sorgen!

59 Denn wir sind der Auffassung, dass der Artikel 3 Abs. 2

60 GG nicht nur eine verfassungsrechtliche Grundlage für ein

61 Paritätsgesetz darstellt, sondern auch einen verfassungs-

62 rechtlichen Auftrag darstellt, eine gleichberechtigte Teil-

63 habe von Frauen in unseren Parlamenten sicher zu stellen.

64 Wenn wir den Auftrag aus Artikel 3 Abs. 2 GG ernst neh-

65 men, darf unser Wahlrecht nicht so bleiben wie es ist. Eine

66 faire, demokratische Teilhabe und Chancengleichheit für

67 Frauen ist verfassungsrechtlich vorgeschrieben und kein

68 Luxus.

69

70 Bislang hat lediglich das Land Baden-Württemberg eine

71 weiche Soll-Vorschrift zur Parität. Das Land Brandenburg

72 sowie Thüringen hat ein Paritätsgesetz mit einer harten

73 Muss-Vorschrift auf den Weg gebracht.